



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 18. Juni 2024 sa

**Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) das Vernehmlassungsverfahren in rubrizierter Angelegenheit eröffnet und zur Einreichung einer Stellungnahme bis am 12. Juli 2024 eingeladen. Wir äussern uns wie folgt:

Wir schliessen uns der Musterstellungnahme des Leitenden Ausschusses der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) vom 24. Mai 2024 an. Die Mitfinanzierung des Bundes ist zu begrüssen, da er damit eine positive Haltung gegenüber dem Föderalismus als tragendes Element unseres Staates zeigt. Eine spezialgesetzliche Lösung lehnen wir jedoch in Übereinstimmung mit dem Leitenden Ausschuss der KdK ab.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (jonas.amstutz@bj.admin.ch; PDF und Word)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch)